



Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Mechthild Rawert  
11011 Berlin

**Annette Widmann-Mauz**

Parlamentarische Staatssekretärin  
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Friedrichstraße 108, 10117 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18441-1020

FAX +49 (0)30 18441-1750

E-MAIL [annette.widmann-mauz@bmg.bund.de](mailto:annette.widmann-mauz@bmg.bund.de)

Berlin, 6. Dezember 2010

**Schriftliche Fragen im November 2010**  
**Arbeitsnummern 11/360 und 11/362**

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre o. a. Fragen beantworte ich wie folgt:

**Frage Nr. 11/360:**

Plant die Bundesregierung nach dem Scheitern der Verhandlungen zur Weiterentwicklung der Pflegenoten am 24. November 2010 eine gesetzliche Konkretisierung der Vorgaben für die Aufgaben der Selbstverwaltung in Sachen Pflege-TÜV und wenn nein, wie gewährleistet sie in Zukunft, dass ein nach wie vor notwendiger Pflege-TÜV im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher flächendeckend eingeführt wird?

**Antwort:**

Die Bundesregierung hält das vorläufige Scheitern der Gespräche für nicht akzeptabel. Es verzögert sich damit die zeitnahe Überarbeitung der Pflege-Transparenz-Vereinbarung, obwohl sich alle Leistungsträger und alle großen Verbände der Leistungserbringer bereits zu einer Lösung bereiterklärt hatten. Diese sah etwa vor, die (Ergebnis-)Qualität in bestimmten Pflegebereichen – zum Beispiel Ernährungszustand, Flüssigkeitsversorgung und Wundliegen – deutlicher abzubilden.

Eine Einigung bedurfte nach geltendem Recht der Einstimmigkeit der beteiligten Gesprächsteilnehmer. Eine Minderheit wollte sich der vorliegenden Lösung, die unter Moderation des Bundesministeriums für Gesundheit mit allen erörtert wurde, nicht anschließen und hat damit eine Einigung verhindert.

Notwendige Weiterentwicklungen dürfen aber nicht an der Überstrapazierung des Einstimmigkeitsprinzips durch Minderheiten scheitern. Der Wunsch relevanter Teile der Selbstverwaltung, zukünftig als Konfliktlösungsmechanismus – wie im Sozialrecht auch ansonsten üblich – Schiedsstellen-Lösungen zu ermöglichen, wird deshalb zurzeit geprüft.

Frage Nr. 11/362:

Was ist der Bundesregierung nach dem Scheitern der Verhandlungen zum sogenannten Pflege-TÜV über die Pflegequalität der Mitgliedsunternehmen des Verbandes Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB) und des Arbeitsgeber- und Berufsverband Privater Pflege (ABVP) bekannt und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Aussage des Vorstandes des GKV-Spitzenverbandes, Gernot Kiefer, wonach durch den Abbruch der Verhandlungen zur Weiterentwicklung der Pflegenoten Mängel in der Pflege kaschiert werden sollen?

Antwort:

Über die Qualität der Mitgliedsunternehmen der beiden Verbände, die die Verbesserung der Pflegetransparenzvereinbarung nicht mittragen, ist der Bundesregierung nichts bekannt. Die Prüfergebnisse des Medizinischen Dienstes werden nicht differenziert nach der Mitgliedschaft in einzelnen Verbänden erhoben und ausgewiesen.

Mit freundlichen Grüßen

